

## Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2017

### Fast jede vierte Rheinland-Pfälerin bzw. jeder vierte Rheinland-Pfälzer hat einen Migrationshintergrund



Von Sebastian Fückel

Die Zahl der in Rheinland-Pfalz lebenden Menschen, die die deutsche Staatsbürgerschaft nicht durch Geburt besitzen, oder die von mindestens einem Elternteil abstammen, auf das dies zutrifft, ist im Vergleich zum Vorjahr erneut gestiegen. Im Jahr 2017 hatten knapp 936 000 Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfälzer einen Migrationshintergrund.

Das waren knapp 23 000 mehr als vor einem Jahr und knapp 182 000 mehr als noch 2012. Der Anstieg geht unter anderem auf die starke Zuwanderung Schutzsuchender in den Jahren 2014, 2015 und 2016 zurück. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist im Durchschnitt deutlich jünger und weist einen etwas höheren Männeranteil auf als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Zudem lebt sie häufiger in Familien und zählt im Mittel etwas mehr Haushaltsmitglieder. Ihre Bildungs-, Erwerbs- und Einkommenschancen bleiben jedoch nach wie vor hinter den Chancen der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund zurück. Mit Hilfe der Daten des Mikrozensus kann darüber hinaus gezeigt werden, wie gut die gesellschaftliche Integration der Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz voranschreitet.

#### Mehr Zu- als Fortzüge

Seit 1950  
deutlich mehr  
Zu- als Fortzüge

Rheinland-Pfalz weist deutlich mehr Zu- als Fortzüge auf – und das nicht erst, seit in den vergangenen Jahren zahlreiche Schutzsuchende in Rheinland-Pfalz Zuflucht vor Verfolgung oder Vertreibung gefunden haben. Dieser Schluss ist möglich, wenn das Wanderungsgeschehen des Landes über einen längeren Zeitraum betrachtet wird.

So sind seit 1950 bereits mehr als 7,5 Millionen Menschen über die Landesgrenze nach Rheinland-Pfalz immigriert. Das entspricht in etwa dem 1,8-fachen der Einwohnerzahl des Landes zum Jahresende 2017. Allerdings

haben seit Beginn der 50er-Jahre auch gut 6,4 Millionen Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfälzer das Land (wieder) verlassen, sodass in den betrachteten 68 Jahren netto etwa 1,1 Millionen Menschen mehr nach Rheinland-Pfalz zu- als abgewandert sind. Die Bevölkerungsstruktur – wie auch ihre Entwicklung – werden somit in hohem Maße von Zu- und Fortzügen geprägt. Das gilt vor allem auch für die jüngere Vergangenheit des Landes.

Denn allein seit 1991 beläuft sich die Netozuwanderung auf circa 519 500 Personen. Damit übersteigt die Zahl der Zuzüge

Wanderungsgewinne seit 1991 gehen überwiegend auf Ausländerinnen und Ausländer zurück

die der Fortzüge seit Beginn der 90er-Jahre um durchschnittlich gut 19 200 Personen pro Jahr. Von den knapp 3,2 Millionen Personen, die sich seitdem insgesamt in Rheinland-Pfalz niedergelassen haben, verfügten gut 1,3 Millionen bzw. 42 Prozent nicht über die deutsche Staatsangehörigkeit. Unter den knapp 2,7 Millionen Personen, die das Land seitdem (wieder) verlassen haben, waren hingegen nur rund 956 000 Ausländerinnen bzw. Ausländer (36 Prozent). Somit gehen die Wanderungsgewinne, die Rheinland-Pfalz seit 1991 beinahe durchgehend erzielt<sup>1</sup>, überwiegend auf die ausländische Bevölkerung zurück.

Wanderungssaldo unter den Deutschen seit 2006 durchgehend negativ

Dies verdeutlicht auch der durchschnittliche jährliche Wanderungssaldo, der sich unter den Ausländerinnen und Ausländern auf gut 13 600 Personen beläuft. Unter den Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit beträgt er hingegen nur etwa 5 600 Personen. War der Wanderungssaldo unter den Deutschen bis 2005 noch durchgehend positiv, fällt er seither in jedem Jahr negativ aus. Dagegen gab es seit 1991 kein Jahr, in dem mehr Ausländerinnen und Ausländer das Land verlassen haben, als neu hinzugezogen sind. Entsprechend werden die Bevölkerungsgewinne, die Rheinland-Pfalz durch Außenwanderungen erzielt, seit 2006 allein von den Ausländerinnen und Ausländern getragen.

Zuwanderer und ihre Nachkommen – ob mit oder ohne deutsche Staatsangehörigkeit – prägen somit das Bild und die Bevölkerungsstruktur von Rheinland-Pfalz. Allerdings kann sich gerade für die Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer mit einem Wechsel des Wohnortes eine Vielzahl besonderer

<sup>1</sup> Nur in den Jahren 2008 und 2009, die von einer weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise geprägt waren, fiel der Wanderungssaldo in Rheinland-Pfalz negativ aus (–6 600 bzw. –2 800 Personen).

Herausforderungen verbinden. Zum Beispiel, wenn die Integration in ein neues soziales, Wohn- und Beschäftigungsumfeld zusätzlich noch durch sprachliche und kulturelle Unterschiede erschwert wird. Nicht selten können sich daraus dauerhafte Nachteile mit Blick auf die jeweiligen Bildungs-, Erwerbs- und Einkommenschancen ergeben – wie auch für die Lebenschancen insgesamt. Zum Teil können sich diese Nachteile sogar noch bis auf die Kinder- und Enkelgenerationen der Migrantinnen und Migranten übertragen. Die Frage, wie sich die Lebenssituation bzw. die soziale Lage von Menschen mit Migrationshintergrund darstellt und wie sie sich von Menschen ohne Migrationshintergrund unterscheiden, ist daher von erheblicher sozial- und gesellschaftspolitischer Bedeutung. „Wie hat sich die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund in den vergangenen Jahren entwickelt?“, „Wie leben sie und wie stellt sich ihre Sozialstruktur dar?“ und „Wie gut sind die Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz integriert?“ sind daher wesentliche Fragen, denen im Folgenden nachgegangen werden soll. Grundlage für die Beantwortung sind die Ergebnisse des Mikrozensus, mit dessen Hilfe bereits seit 2005 jährlich umfangreiche Daten zu den Personen mit Migrationshintergrund erfasst werden.

## Definitionen, Abgrenzungen und methodische Hinweise

Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzt. Diese Definition liegt den Ergebnissen des Mikrozensus zugrunde, die im Folgenden präsentiert werden.

Integration von Migrantinnen und Migranten ist wichtige sozial- und gesellschaftspolitische Aufgabe

Begriffsbestimmungen

Im Einzelnen fallen darunter

- zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländerinnen und Ausländer,
- zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte,
- (Spät-)Aussiedlerinnen und -Aussiedler,
- Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit durch Adoption durch einen deutschen Elternteil erhalten haben, sowie
- mit deutscher Staatsangehörigkeit geborene Kinder der vier zuvor genannten Gruppen.

Die Vertriebenen des Zweiten Weltkriegs und ihre Nachkommen gehören hingegen nicht zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Das gilt auch für Personen, deren beide Eltern keinen Migrationshintergrund haben, und mit deutscher Staatsangehörigkeit während eines Auslandsaufenthaltes der Eltern geboren sind, da in diesem Fall sie selbst wie auch ihre Eltern mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren sind. Kinder von Eltern ohne Migrationshintergrund können keinen Migrationshintergrund haben.

Migrationshintergrund im engeren und weiteren Sinne

Im Rahmen des Mikrozensus wird zwischen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im engeren Sinn und der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im weiteren Sinn unterschieden. Dies liegt im Frageprogramm des Mikrozensus sowie in dessen Anlage als Haushaltserhebung begründet. So können Personen, die aufgrund ihrer persönlichen Merkmale keinen direkten Migrationshintergrund haben, jedoch von wenigstens einem Elternteil abstammen, das Ausländerin oder Ausländer, eingebürgert oder (Spät-)Aussiedlerin bzw. (Spät-)Aussiedler ist, und nicht mit diesem Elternteil im gleichen Haushalt leben, nur in den Erhebungsjahren 2005, 2009 und 2013 identifiziert werden. Werden diese Fälle in die Ergebnisdarstellung einbe-

zogen, handelt es sich um die Bevölkerung mit Migrationshintergrund im weiteren Sinn. Der Ausweis des Migrationshintergrundes im engeren Sinn bedeutet hingegen immer, dass nur jene Informationen über Eltern genutzt werden, die mit der bzw. dem Befragten im gleichen Haushalt leben. Um bei der Darstellung von Entwicklungen im Zeitverlauf eine möglichst hohe Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wird im Folgenden stets für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund im engeren Sinn berichtet. Dadurch wird die Gesamtzahl der Personen mit Migrationshintergrund allerdings unterschätzt.

Bei Vergleichen über die Zeit sollte weiter beachtet werden, dass sich das Erhebungsprogramm der Merkmale, die für die Bestimmung des Migrationshintergrundes relevant sind, im Zeitverlauf gewandelt hat. So wurde beispielsweise in Folge des im Jahr 2016 geänderten Mikrozensusgesetzes ab dem Berichtsjahr 2017 die Frage zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit um die Antwortmöglichkeit „durch Adoption durch einen deutschen Elternteil“ ergänzt. Die Frage deckt somit erst ab diesem Zeitpunkt alle Möglichkeiten zur Art des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit detailliert ab. Diese und weitere Anpassungen können die Vergleichbarkeit der Ergebnisse über die Zeit in einzelnen Fällen einschränken.

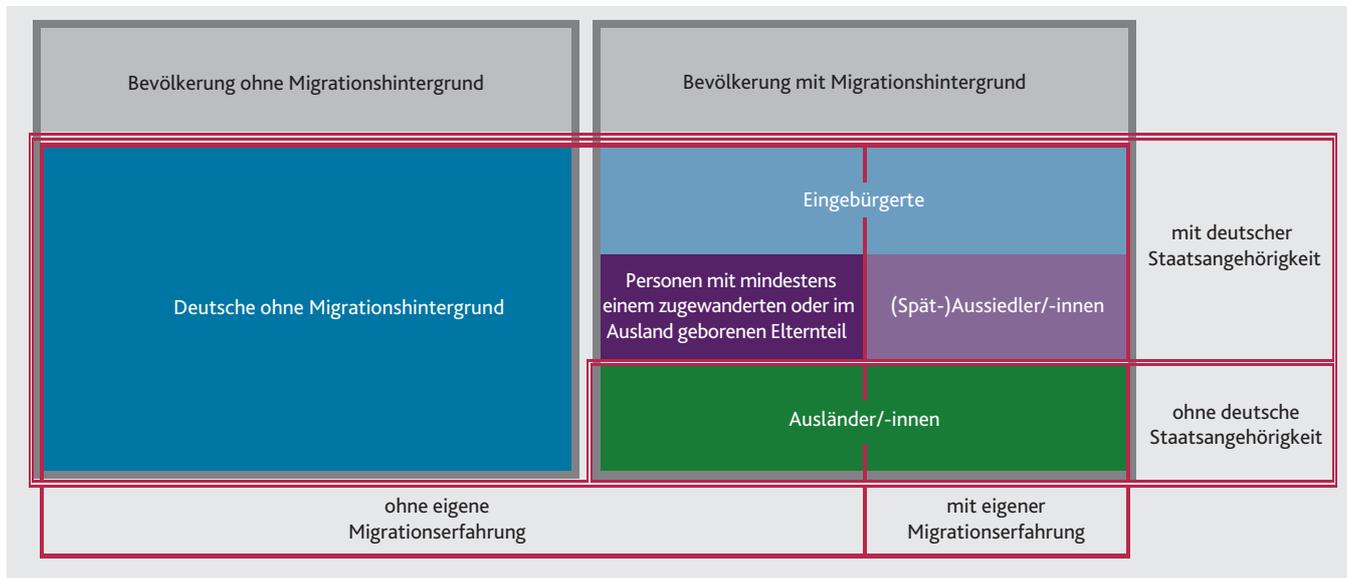
Aussagekraft von Vergleichen über die Zeit teilweise eingeschränkt

Losgelöst von diesen Aspekten kann die Bevölkerung mit Migrationshintergrund weiter untergliedert werden. So ist es zum Beispiel möglich, danach zu trennen, ob eine Person zugewandert, d. h. im Ausland geboren, oder nicht zugewandert, also in Deutschland geboren ist. Für diese Unterscheidung wird im Folgenden auch der Ausdruck „Personen mit (bzw. ohne) eigene Migrationserfahrung“ genutzt. Zudem können anhand der

Teilgruppen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Ü 1

Binnendifferenzierung der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund



jeweiligen Staatsangehörigkeit Deutsche von Ausländerinnen und Ausländern getrennt oder spezielle Teilgruppen – etwa (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler sowie Eingebürgerte – identifiziert werden, wie in Übersicht 1 beispielhaft illustriert.

**Fast jede vierte Rheinland-Pfälerin bzw. jeder vierte Rheinland-Pfälzer hat einen Migrationshintergrund**

Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund nähert sich der Milliongrenze

Von den knapp über vier Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern<sup>2</sup>, die 2017 in Rheinland-Pfalz lebten, hatten circa 935 600 Personen einen Migrationshintergrund. Das entspricht einem Anteil von 23 Prozent und bedeutet, dass annähernd jede vierte Rheinland-Pfälerin bzw. jeder vierte Rheinland-Pfälzer die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzt oder von wenigstens einem Elternteil abstammt, auf das dies zutrifft.

<sup>2</sup> Grundlage der Berechnungen ist – sofern nicht anders angegeben – nachfolgend stets die Bevölkerung in Privathaushalten am Hauptwohnsitz.

Gegenüber dem Jahr 2012 – also deutlich vor dem Einsetzen des starken Zustroms Schutzsuchender nach Rheinland-Pfalz – haben sich die Zahl und der Bevölkerungsanteil der Menschen mit Migrationshintergrund kräftig erhöht (+181 800 Personen bzw. +4,2 Prozentpunkte). Neben der verstärkten Zuwanderung Schutzsuchender in den Jahren 2014, 2015 und 2016 dürfte hierzu auch die zuletzt deutlich höhere Geburtenrate ausländischer gegenüber deutschen Frauen beigetragen haben. Die Zahl der Menschen ohne Migrationshintergrund ist im gleichen Zeitraum dagegen geschrumpft – und zwar um 116 000 Personen auf knapp 3,08 Millionen.

Gut zwei Drittel (68,4 Prozent) der Personen mit Migrationshintergrund verfügen über eine eigene Migrationserfahrung, d. h. es handelt sich um Zuwanderer, deren Geburtsort im Ausland liegt. Ihre Zahl ist besonders in den Jahren 2015 und 2016 stark angewachsen (+21 000 bzw. +61 600 Personen). Insgesamt ergibt sich gegenüber dem Jahr

Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund seit 2012 kräftig gestiegen

Gut zwei Drittel der Menschen mit Migrationshintergrund sind im Ausland geboren

T 1

## Bevölkerung 2012–2017 nach Migrationshintergrund

Bevölkerungsgruppe	2012	2013	2014	2015	2016	2017
1 000						
Bevölkerung ohne Migrationshintergrund	3 195,1	3 148,1	3 136,8	3 132,0	3 100,3	3 079,1
Bevölkerung mit Migrationshintergrund	753,8	788,3	808,2	838,0	912,7	935,6
Bevölkerung mit eigener Migrationserfahrung	502,1	525,7	541,1	562,1	623,7	639,7
Deutsche mit eigener Migrationserfahrung	271,6	280,6	280,5	276,5	285,2	282,5
Ausländer/-innen mit eigener Migrationserfahrung	230,4	245,1	260,6	285,7	338,6	357,2
Bevölkerung ohne eigene Migrationserfahrung	251,7	262,6	267,1	275,9	289,0	295,8
Deutsche ohne eigene Migrationserfahrung	199,1	212,4	215,3	221,1	234,9	237,7
Ausländer/-innen ohne eigene Migrationserfahrung	52,6	50,3	51,8	54,8	54,1	58,1
%						
Bevölkerung ohne Migrationshintergrund	80,9	80,0	79,5	78,9	77,3	76,7
Bevölkerung mit Migrationshintergrund	19,1	20,0	20,5	21,1	22,7	23,3
Bevölkerung mit eigener Migrationserfahrung	12,7	13,4	13,7	14,2	15,6	15,9
Deutsche mit eigener Migrationserfahrung	6,9	7,1	7,1	7,0	7,1	7,0
Ausländer/-innen mit eigener Migrationserfahrung	5,8	6,2	6,6	7,2	8,4	8,9
Bevölkerung ohne eigene Migrationserfahrung	6,4	6,7	6,8	7,0	7,2	7,4
Deutsche ohne eigene Migrationserfahrung	5,0	5,4	5,5	5,6	5,9	5,9
Ausländer/-innen ohne eigene Migrationserfahrung	1,3	1,3	1,3	1,4	1,4	1,5

2012 ein Plus in Höhe von 137 700 Personen. Damals lag der Anteil der Zugewanderten an der Bevölkerung mit Migrationshintergrund noch bei 66,6 Prozent.

Mehrheit der  
Zuwanderer  
ohne deut-  
schen Pass

Etwas mehr als die Hälfte der Zuwanderer verfügt nicht über die deutsche Staatsangehörigkeit (56 Prozent), gehört also zur Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer. Bei den übrigen Zugewanderten mit deutscher Staatsangehörigkeit handelt es sich in der Mehrzahl (170 700 Personen bzw. 27 Prozent) um (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler. Die Gruppe der Eingebürgerten mit eigener Migrationserfahrung beläuft sich dagegen „nur“ auf 111 900 Personen (17,5 Prozent).

Als wichtigstes Motiv für den Zuzug nach Deutschland gibt der weitaus größte Teil der

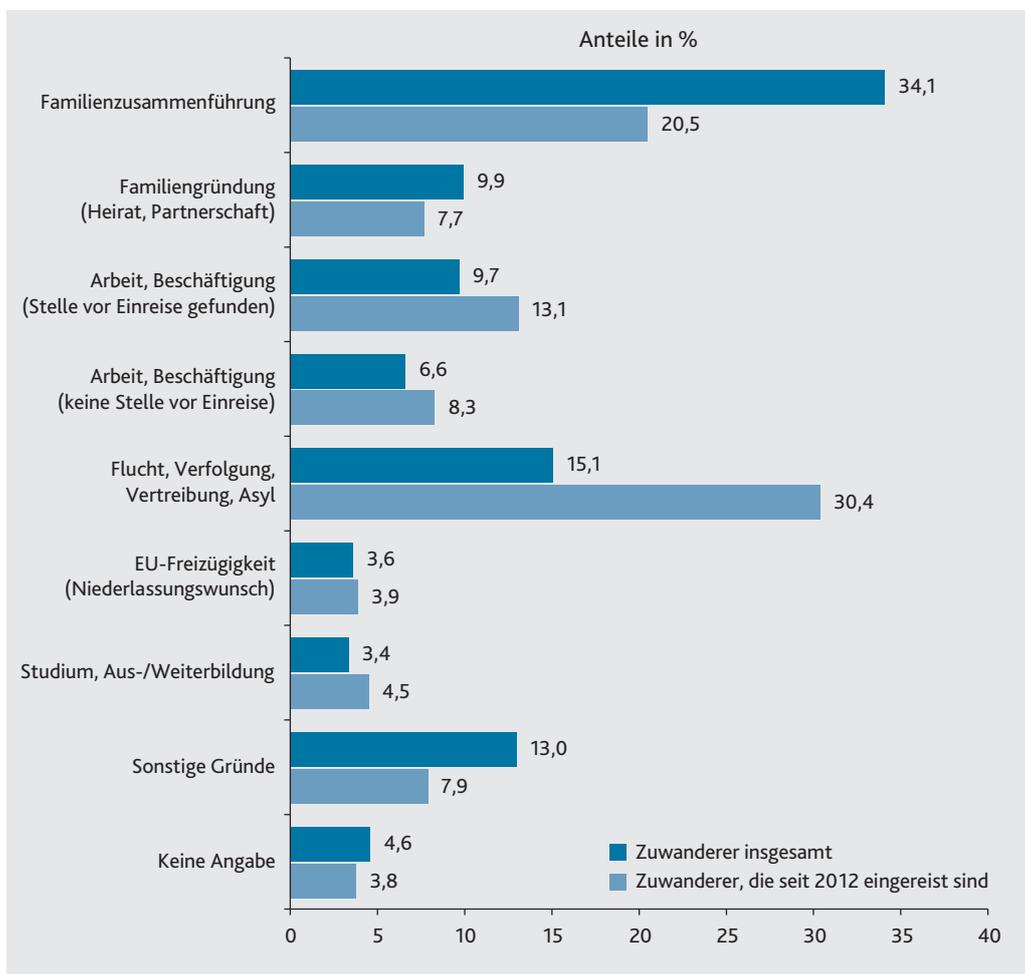
Zugewanderten familiäre Gründe an. So ist mehr als jede dritte Person gemeinsam mit einem Familienmitglied nach Deutschland eingereist bzw. diesem im Zuge der Familienzusammenführung gefolgt (34,1 Prozent bzw. 218 100 Personen). Weitere 63 600 Personen bzw. 9,9 Prozent sind zum Zweck der Familiengründung mit Heiratsabsichten bzw. zum Eingehen einer Partnerschaft nach Deutschland gekommen.

Familie, Arbeit  
und Flucht sind  
die wichtigsten  
Zuwanderungs-  
motive

Aussichten auf einen (besseren) Arbeitsplatz bewegen knapp jede sechste Zugewanderte bzw. jeden sechsten Zugewanderten, ihren bzw. seinen Lebensmittelpunkt nach Deutschland zu verlegen (16,3 Prozent). Das entspricht rund 104 300 Personen. Dabei hatte der etwas größere Teil mit rund 62 000 Personen bereits vor der Einreise eine Arbeitsstelle gefunden (9,7 Pro-

G 1

Hauptzugsmotive der in Rheinland-Pfalz lebenden Zugewanderten 2017 nach Zeitpunkt des Zuzugs



zent), während sich für die übrigen gut 42 300 Erwerbswilligen die Suche nach Arbeit nach der Ankunft zunächst noch weiter fortsetzte (6,6 Prozent).

Gemessen an allen Zugewanderten, die im Jahr 2017 in Rheinland-Pfalz lebten, führten 15,1 Prozent Flucht, Verfolgung, Vertreibung oder Asyl als wichtigstes Zuzugsmotiv an. Das entspricht etwa 96 500 Menschen. Angesichts des Bürgerkriegs in Syrien und anderer gewaltsamer politischer Konflikte hat die Bedeutung von Flucht und Vertreibung gegenüber anderen Zuzugsmotiven in den letzten Jahren stark zugenommen.

Werden nur jene Zuwanderer betrachtet, die zwischen 2012 und 2017 nach Rheinland-Pfalz gekommen sind, so zeigt sich, dass Flucht, Vertreibung, Verfolgung und Asyl in diesem Zeitraum die mit Abstand wichtigsten Einreisemotive waren (30 Prozent). Erst weit danach folgt die Zusammenführung von Familien (20,5 Prozent).

Vergleichsweise selten nannten die Zugewanderten im Jahr 2017 die EU-Freizügigkeit, also den Wunsch nach einer dauerhaften Niederlassung in Deutschland (23 200 Personen bzw. 3,6 Prozent), und die eigene Ausbildung, etwa in Form eines Studiums (21 500 Perso-

EU-Freizügigkeit und der Wunsch nach Ausbildung führt nur wenige Zuwanderer nach Rheinland-Pfalz

nen bzw. 3,4 Prozent), als wichtigstes Zuwanderungsmotiv. Bei der Interpretation sollte jedoch beachtet werden, dass im Zuge der Befragung nur nach dem Hauptmotiv des Zuzugs gefragt wurde. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass in einigen der berichteten Fälle mehrere Zuzugsmotive zugleich vorlagen und nicht immer eindeutig entschieden werden konnte, welcher Grund bei der Migrationsentscheidung am stärksten wog.

In Deutschland geborene Bevölkerung mit Migrationshintergrund hat überwiegend deutsche Staatsbürgerschaft

Wird die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund betrachtet, die selbst über keine eigene Migrationserfahrung verfügen, so übersteigt der Anteil der Deutschen denjenigen der Ausländerinnen und Ausländer um mehr als das Vierfache (gut 80 gegenüber knapp 20 Prozent). Somit besaßen von den in Deutschland geborenen Personen mit Migrationshintergrund 237 700 die deutsche Staatsbürgerschaft. Bei rund 58 100 Personen war dies hingegen nicht der Fall.

Ausländeranteil steigt auf über zehn Prozent

Wird die Bevölkerung mit Migrationshintergrund insgesamt unterteilt nach Deutschen und Ausländerinnen bzw. Ausländern, überwiegt der Anteil der Deutschen mit knapp 56 Prozent leicht. Gegenüber dem Jahr 2012 hat er jedoch um 6,8 Prozentpunkte abgenommen. Das bedeutet, die Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer ist anteilig überproportional stark angewachsen. Das verdeutlichen auch die absoluten Zahlen. So lebten im Jahr 2017 circa 415 300 Ausländerinnen und Ausländer in Rheinland-Pfalz. Das waren 132 300 mehr als 2012. Der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung ist damit um 3,2 Prozentpunkte von 7,2 auf nunmehr gut zehn Prozent gestiegen. Mehr als jede zehnte Einwohnerin bzw. jeder zehnte Einwohner des Landes hatte 2017 also keinen deutschen Pass. Ähnlich wie im Fall der Bevölkerung mit Migrationshinter-

grund insgesamt verlief der Anstieg im Zeitverlauf kontinuierlich, wobei die Jahre 2015 und 2016 mit besonders starken Wachstumsraten hervorstechen.

### Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist deutlich jünger und mit höherem Männeranteil

Wird die Bevölkerung mit Migrationshintergrund der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund mit Blick auf ihre zentralen soziodemografischen Eigenschaften gegenübergestellt, so fällt auf, dass die Bevölkerung mit Migrationshintergrund sehr viel jünger und tendenziell ist und einen höheren Männeranteil hat. Allerdings fallen die Unterschiede in der Geschlechterstruktur sehr viel moderater aus als die Abweichungen in der Altersstruktur. So lebten im Jahr 2017 in Rheinland-Pfalz gemessen an der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund etwas mehr Frauen als Männer (51 gegenüber 49 Prozent). Seit 2012 hat sich an diesem Verhältnis praktisch nichts geändert. In der Bevölkerung mit Migrationshintergrund übersteigt dagegen der Männeranteil den Frauenanteil leicht (51 gegenüber 49 Prozent). Zudem erweist sich das Geschlechterverhältnis als etwas variabler. Denn seit 2012 ist der Männeranteil in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund um 1,3 Prozentpunkte gestiegen.

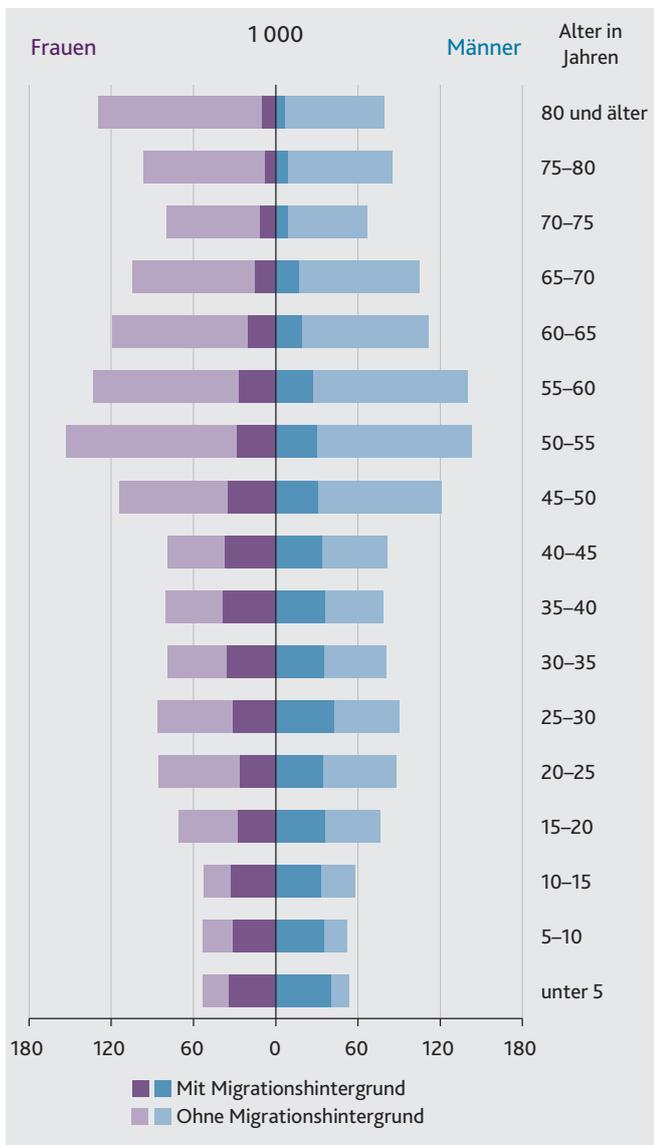
Bevölkerung ohne Migrationshintergrund mit etwas höherem Männeranteil

Seinen Ursprung dürfte der leicht höhere Männeranteil unter anderem in der Altersstruktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund haben. Diese ist – wie aus Grafik 2 hervorgeht – deutlich jünger als der Aufbau der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Da Personen mit Migrationshintergrund in den höheren Altersgruppen einerseits unterrepräsentiert, Frauen auf-

Ursachen könnten in Altersstruktur und Zuzugsmotiven zu finden sein

G 2

Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund 2017 nach Alter und Geschlecht



grund ihrer höheren Lebenserwartung in diesen Altersgruppen jedoch überrepräsentiert sind, unterscheidet sich die Geschlechterstruktur von derjenigen der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund erkennbar. Eine weitere Ursache dürfte jedoch auch darin zu suchen sein, dass Männer unter den Personen mit eigener Migrationserfahrung etwas häufiger zu finden sind – womöglich, weil sie sich im Falle einer erwerbsmotivierten Mig-

rationsentscheidung bessere Arbeitsmarktchancen einräumen als Frauen. Ähnliches gilt unter Umständen für Zuwanderer, die in Folge von Flucht, Vertreibung, Verfolgung und auf der Suche nach Asyl nach Rheinland-Pfalz gekommen sind.

Die deutlich jüngere Altersstruktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund wird besonders am Medianalter deutlich, welches die Bevölkerungsgruppe in zwei exakt gleich große Altersgruppen unterteilt. Im Jahr 2017 lag es bei gerade einmal 34,5 Jahren und damit auf einem ähnlich niedrigen Niveau wie 2012 (34,2 Jahre). Inhaltlich bedeutet dies, dass die eine Hälfte der rheinland-pfälzischen Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Jahr 2017 älter als 34 Jahre und sechs Monate war, die andere Hälfte dagegen jünger. Das Medianalter der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund lag dagegen bei 46,7 Jahren und damit um mehr als zwölf Jahre höher. Zudem ist die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund selbst in dem vergleichsweise kurzen Zeitintervall seit 2012 erkennbar schneller gealtert – nämlich um 0,9 Jahre (gegenüber 0,3 Jahren im Fall der Bevölkerung mit Migrationshintergrund).

Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Mittel um zwölf Jahre jünger

Der jüngere Altersaufbau der Bevölkerung mit Migrationshintergrund kommt zudem besonders gut im Vergleich der folgenden drei Kernaltersgruppen zum Ausdruck: Jüngere (unter 20 Jahre), Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis unter 65 Jahre) sowie Ältere bzw. Seniorinnen und Senioren (65 Jahre und älter). Dabei zeigt sich nämlich, dass sich die Bevölkerungen mit und ohne Migrationshintergrund im Hinblick auf die Personen im erwerbsfähigen Alter kaum unterscheiden. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung liegt mit 61,5 bzw. 60,5 Prozent sehr nahe

Altersaufbau der Bevölkerung mit bzw. ohne Migrationshintergrund unterscheidet sich deutlich

beieinander. Der Anteil der Jüngeren ist mit 29 Prozent in der Gruppe der Bevölkerung mit Migrationshintergrund aber beinahe doppelt so hoch wie in der Gruppe der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (15 Prozent). In der Folge bedeutet dies, dass weniger als jede zehnte Person mit Migrationshintergrund zu den Älteren zählt (9,5 Prozent). Dagegen ist fast jede vierte Rheinland-Pfälerin bzw. jeder vierte Rheinland-Pfäler ohne Migrationshintergrund bereits 65 Jahre oder älter (24 Prozent).

Höchste Anteile der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Altersgruppen unter 15 Jahren

Der höchste Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an einer einzelnen Altersgruppe findet sich in den jüngeren Altersjahrgängen. So hatten im Jahr 2017 etwas mehr als zwei von fünf Kindern unter fünf Jahren in Rheinland-Pfalz einen Migrationshintergrund (41 Prozent). Nur wenig geringer fiel der Anteil in der Gruppe der 5- bis unter 10-Jährigen (39 Prozent) und in der Gruppe der 10- bis unter 15-Jährigen (37 Prozent) aus. Am niedrigsten war er dagegen in der Gruppe der 80-Jährigen und Älteren (7,7 Prozent), gefolgt von den 75- bis

unter 80-Jährigen (8,6 Prozent) sowie den 70- bis unter 75-Jährigen (13 Prozent).

**Zahl der Haushalte und Familien mit Migrationshintergrund nimmt weiter zu**

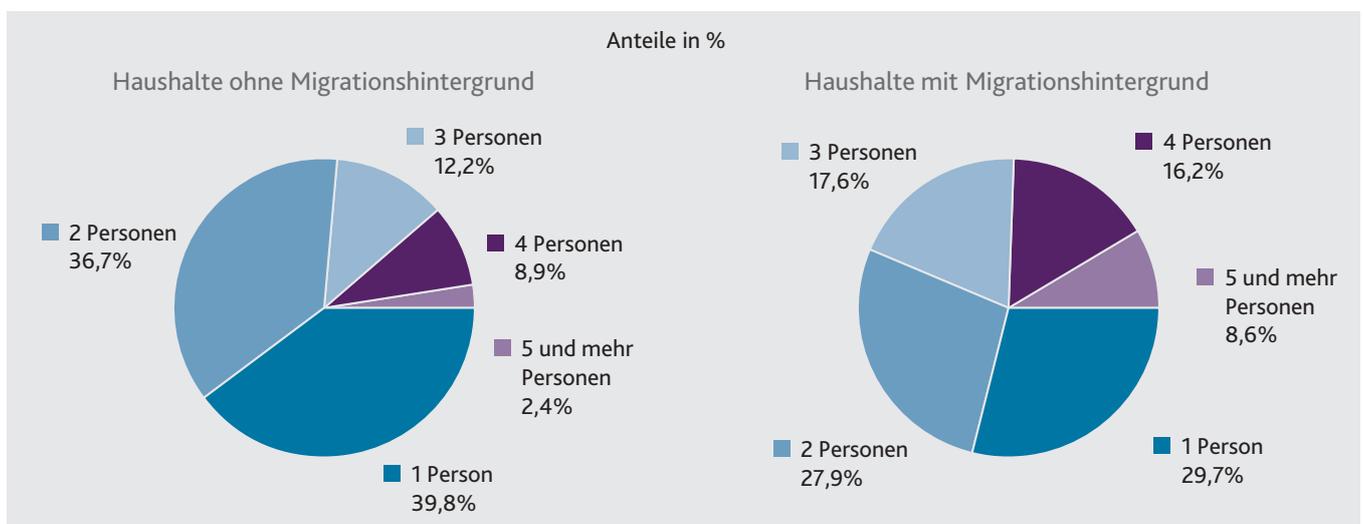
Die bereits skizzierten Unterschiede zwischen der Bevölkerung mit bzw. ohne Migrationshintergrund spiegeln sich auch in der Art und Weise wider, wie die Menschen ihr Zusammenleben und ihre privaten Beziehungen organisieren. So ist die Zahl der Haushalte, in denen mindestens eine Person mit Migrationshintergrund lebte, seit dem Jahr 2012 um 88 700 auf 421 000 Haushalte angestiegen. Das entspricht einem Anteil von 21,9 Prozent an allen Haushalten sowie einem Zuwachs um 4,1 Prozentpunkte. Die Zahl der Haushalte, in denen keine Person mit Migrationshintergrund lebte, ist dagegen im gleichen Zeitraum um 28 600 auf knapp 1,5 Millionen gefallen.

Bevölkerung mit Migrationshintergrund lebt in rund 421 000 Haushalten

Dass der Anteil der Haushalte mit Migrationshintergrund an allen Haushalten etwas geringer ausfällt als der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der

G 3

Haushalte ohne und mit Migrationshintergrund 2017 nach Zahl der Haushaltsmitglieder



Durchschnittlich leben in Haushalten mit Migrationshintergrund 2,5 Personen, in Haushalten ohne Migrationshintergrund nur zwei Personen

Gesamtbevölkerung ausmacht, deutet bereits darauf hin, dass sich die Bevölkerung mit Migrationshintergrund stärker als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund in den Haushalten konzentriert. Entsprechend leben in einem Haushalt mit Migrationshintergrund mit durchschnittlich 2,5 Personen erkennbar mehr Menschen als in Haushalten ohne Migrationshintergrund, deren durchschnittliche Haushaltsgröße bei knapp unter zwei Personen liegt (1,98). Allerdings kann sich auch die Bevölkerung mit Migrationshintergrund dem allgemeinen Trend der Verkleinerung der Haushalte nicht entziehen. So lebten im Jahr 2012 in einem Haushalt mit Migrationshintergrund durchschnittlich noch 2,57 Personen. In einem Haushalt ohne Migrationshintergrund waren es 2,03 Personen.

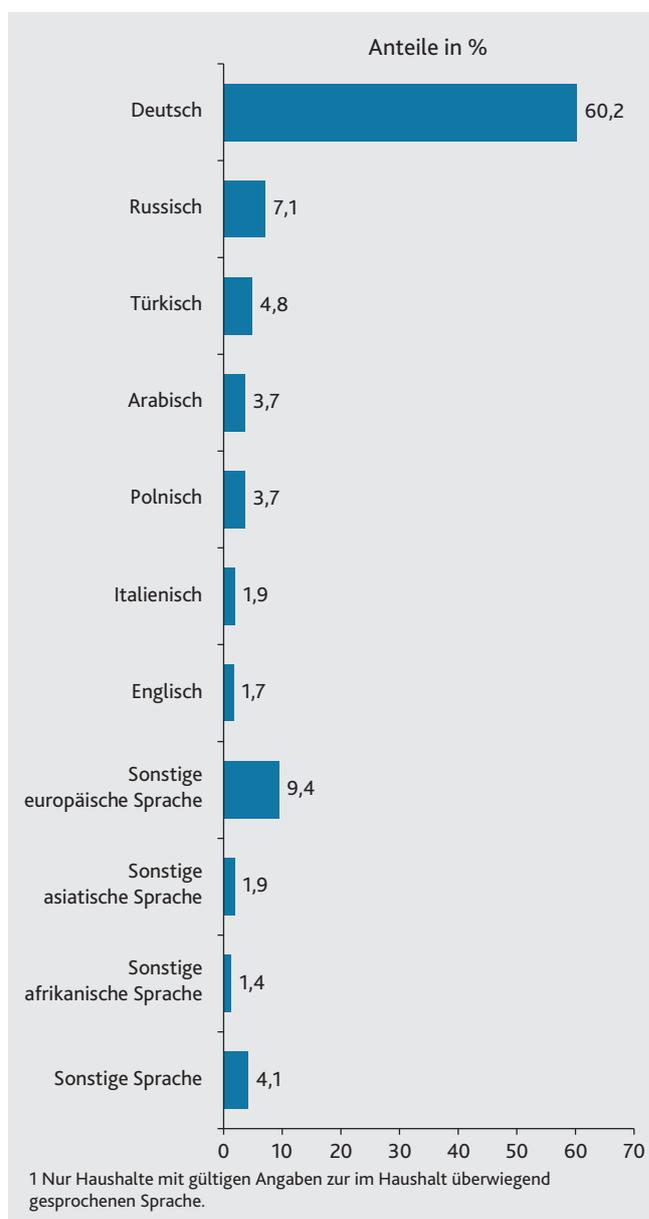
Personen mit Migrationshintergrund leben seltener allein

Eine weitere Aufgliederung der Haushalte anhand der Zahl ihrer Mitglieder zeigt, dass Menschen mit Migrationshintergrund in Großhaushalten sehr viel häufiger anzutreffen sind. Im Jahr 2017 setzten sich 42 Prozent aller Haushalte mit Migrationshintergrund aus drei und mehr Personen zusammen. Das entsprach einer Anzahl von 178 600 Haushalten. Darunter befanden sich 36 300 Haushalte (8,6 Prozent), in denen fünf und mehr Personen lebten. Unter den Haushalten ohne Migrationshintergrund belief sich der Anteil der größeren Haushalte mit drei und mehr Personen hingegen nur auf 23,5 Prozent (351 900 Haushalte). Nur 2,4 Prozent waren Großhaushalte mit fünf und mehr Personen. Damit war die absolute Zahl der Großhaushalte mit 35 700 unter der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund sogar etwas geringer als unter den Haushalten der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Umgekehrt leben Menschen mit Migrationshintergrund sehr viel seltener alleine, denn der Anteil der Einpersonenhaushalte an allen Haushalten liegt in dieser Gruppe lediglich bei

30 Prozent. In der Gruppe der Haushalte ohne Migrationshintergrund beträgt der Anteil hingegen 40 Prozent. Allerdings ist der Anteil der Alleinlebenden unter den Personen mit Migrationshintergrund seit 2012 vergleichsweise stark gewachsen (+6 Prozentpunkte), während der Zuwachs unter den Personen ohne Migrationshintergrund eher moderat ausfällt (+2,3 Prozent).

G 4

Haushalte<sup>1</sup> mit Migrationshintergrund 2017 nach überwiegend gesprochener Sprache



In drei von fünf Haushalten mit Migrationshintergrund wird überwiegend deutsch gesprochen

Einen ersten Hinweis darauf, wie gut die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in die Gesellschaft integriert ist, kann die überwiegend im Haushalt gesprochene Sprache geben. Danach befragt, gaben im Jahr 2017 gut drei Fünftel (60 Prozent) aller rheinland-pfälzischen Haushalte mit Angaben zur überwiegend im Haushalt gesprochenen Sprache an, im Alltag Deutsch zu sprechen. Die am weitesten verbreitete Sprache neben Deutsch war Russisch, das in 7,1 Prozent der Haushalte mit Migrationshintergrund gesprochen wurde. An dritter Stelle folgte Türkisch (4,8 Prozent) vor Arabisch und Polnisch (jeweils 3,7 Prozent). Vergleichsweise selten wird in den rheinland-pfälzischen Haushalten mit Migrationshintergrund italienisch (1,9 Prozent) oder englisch (1,7 Prozent) gesprochen. Noch weniger verbreitet war die Landessprache des größten Nachbarstaates von Rheinland-Pfalz, Frankreich, ebenso wie die Weltsprache Spanisch.

Neben der Zahl der Haushalte hat sich auch die Zahl der Familien mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz zuletzt deutlich erhöht. Seit 2012 ist sie um mehr als ein

Fünftel auf 185 400 angewachsen. Gemessen an allen Familien in Rheinland-Pfalz bedeutet dies einen Anteil von 31 Prozent. Mit anderen Worten: Fast jede dritte Familie in Rheinland-Pfalz hatte 2017 einen Migrationshintergrund. Im Jahr 2012 war es dagegen erst jede Vierte (25 Prozent).

Als Familie gelten vor diesem Hintergrund jene Eltern-Kind-Gemeinschaften, d. h. Eltern bzw. Elternteile sowie deren ledige Kinder, die gemeinsam in einem Haushalt leben. Kinder, die noch gemeinsam mit ihren Eltern in einem Haushalt wohnen, dort aber bereits eigene Kinder versorgen, werden hingegen nicht der Herkunftsfamilie zugerechnet, sondern als eigene Familie erfasst. Familien können damit Ehepaare, gleich- und gemischtgeschlechtliche Lebensgemeinschaften sowie alleinerziehende Mütter und Väter mit ledigen Kindern im Haushalt umfassen. Unberücksichtigt bleibt dabei das Alter der Kinder.

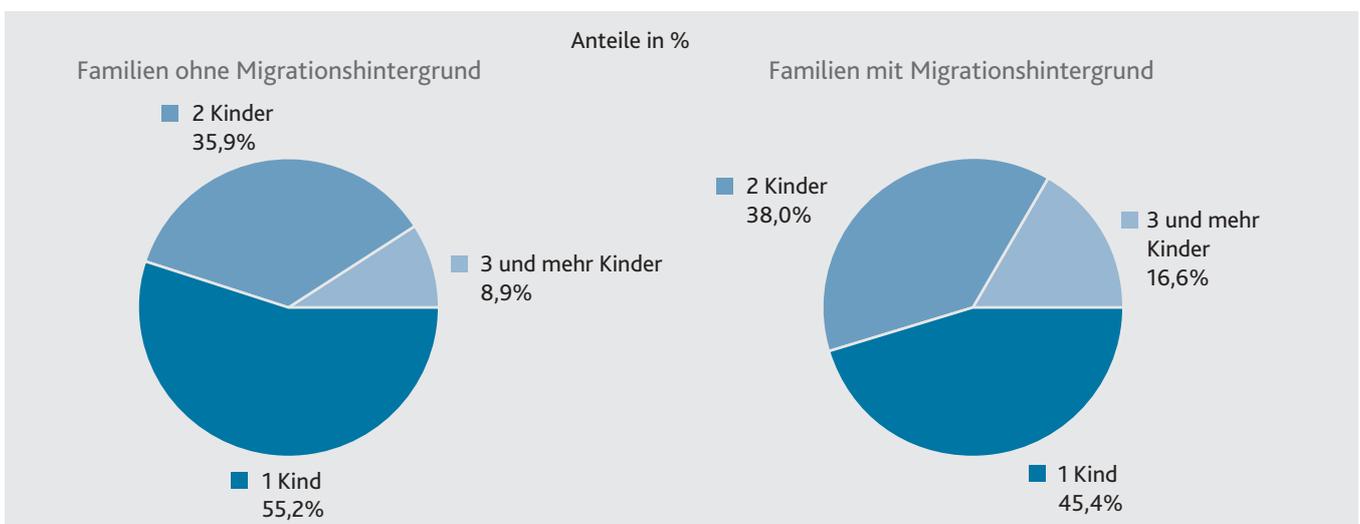
Werden vor diesem Hintergrund nur solche Familien betrachtet, in denen wenigstens ein minderjähriges Kind lebt, liegt der Anteil der Familien mit Migrationshintergrund an

Fast jede dritte Familie in Rheinland-Pfalz hat einen Migrationshintergrund

Familien als Eltern-Kind-Gemeinschaften definiert

G 5

Familien ohne und mit Migrationshintergrund 2017 nach Zahl der ledigen Kinder unter 18 Jahren



Anteil der Familien mit Migrationshintergrund mit minderjährigen Kindern fällt noch etwas höher aus

allen Familien noch etwas höher, nämlich bei 35,5 Prozent. Das entspricht 141 500 Familien und bedeutet gegenüber dem Jahr 2012 einen Zugewinn um 25 600. Dagegen war die Zahl der Familien mit minderjährigen Kindern ohne Migrationshintergrund im gleichen Zeitraum rückläufig (-27 100), ebenso wie die Zahl der Familien ohne Migrationshintergrund insgesamt (-37 900).

In Familien mit Migrationshintergrund leben durchschnittlich 1,8 Kinder, in Familien ohne Migrationshintergrund nur 1,6 Kinder unter 18 Jahren

Wie bereits in den Ausführungen zur Altersstruktur deutlich wurde, ist die Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Mittel deutlich jünger als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Dies spiegelt sich auch in der Zahl der minderjährigen Kinder, die im Mittel in den Familien der beiden Bevölkerungsgruppen leben. Während Familien mit Migrationshintergrund im Durchschnitt 1,78 Kinder unter 18 Jahren aufziehen, werden in Familien ohne Migrationshintergrund durchschnittlich nur 1,55 Kinder sozialisiert. Daran hat sich in den vergangenen fünf Jahren trotz der vergleichsweise hohen Zuwanderung Schutzsuchender aus Gesellschaften mit einer traditionell hohen Geburtenrate kaum etwas geändert.

Detaillierter aufgeklärt zeigt sich, dass in etwas mehr als der Hälfte der Familien ohne Migrationshintergrund nur ein lediges Kind unter 18 Jahren aufgezogen wird (55 Prozent). Im Fall der Bevölkerung mit Migrationshintergrund trifft dies dagegen nur auf etwas weniger als die Hälfte aller Familien zu (45 Prozent). Dafür wachsen in der zuletzt genannten Gruppe in fast doppelt so vielen Familien drei und mehr minderjährige Kinder auf (17 gegenüber neun Prozent).

## Bildungsungleichheit verschärft sich

Die Grundlage für eine nachhaltig gelungene gesellschaftliche Integration wird im Rah-

men der frühkindlichen Sozialisation nicht nur in der Familie sondern auch im Bildungssystem gelegt. Denn die Art der besuchten Schule und die Erfolge, die Migrantinnen und Migranten darin erzielen, können sich stark auf die späteren Erwerbs-, Berufs-, Einkommens- und Lebenschancen auswirken. Aus diesem Grund ist es aus bildungs- und integrationspolitischer Sicht von Bedeutung, dass 2017 mehr als zwei von fünf Personen mit Migrationshintergrund lediglich über ein niedriges Qualifikationsniveau<sup>3</sup> verfügten (41 Prozent), das maximal einem Bildungsabschluss unterhalb des Sekundarbereiches II gleichkommt, während nur etwas mehr als eine von fünf Personen, die keinen Migrationshintergrund hatten, niedrigqualifiziert war (21 Prozent). Zudem hat sich die Zahl der Niedrigqualifizierten in der Gruppe der Bevölkerung mit Migrationshintergrund allein seit 2014 – vermutlich auch infolge des starken Zustroms Schutzsuchender, die zum Teil aus Ländern stammen, in denen das Bildungssystem erst schwach entwickelt ist – um 39 900 auf 295 000 erhöht, während sie in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund um 33 200 auf 585 500 Personen gesunken ist.

Auf der anderen Seite gelingt es in den beiden Bevölkerungsgruppen immer mehr Menschen, einen Bildungsabschluss aus dem Tertiärbereich zu erwerben. So ist der Anteil der Hochqualifizierten in der Gruppe der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund seit 2014 um 1,7 Prozentpunkte auf 22 Pro-

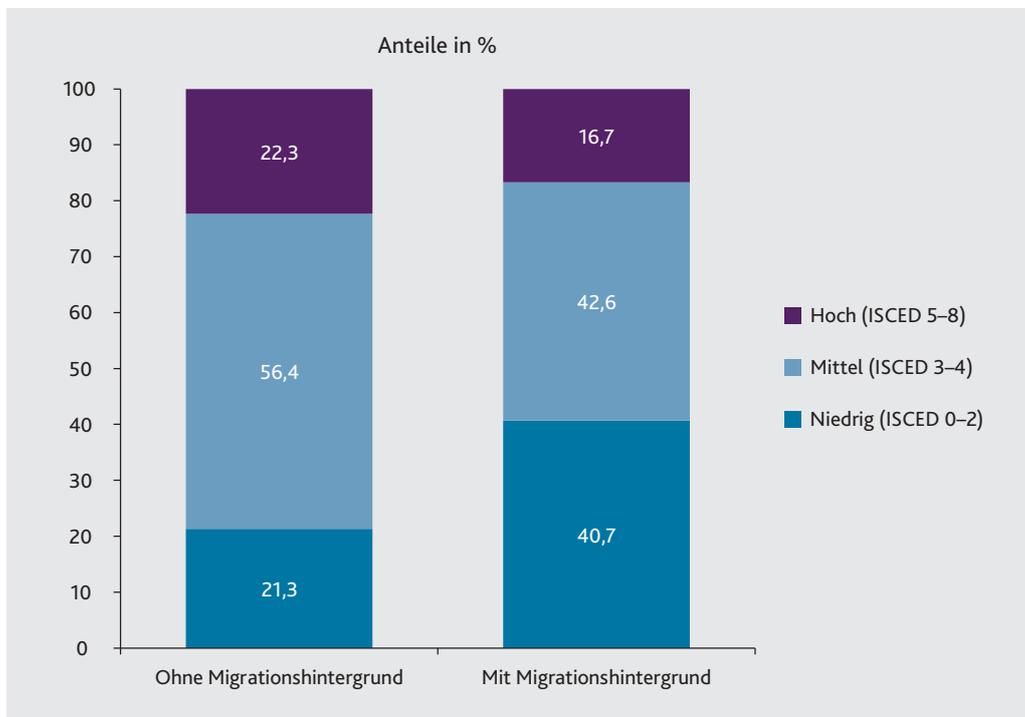
Etwa zwei von fünf Personen mit Migrationshintergrund sind geringqualifiziert

Immer mehr Personen mit und ohne Migrationshintergrund sind hochqualifiziert

3 Das Qualifikationsniveau wird an dieser Stelle anhand der International Standard Classification of Education (ISCED 2011) festgemacht. Dabei wird zwischen einem niedrigen (ISCED-Level 0 bis 2: Abschluss unterhalb des Sekundarbereiches II), einem mittleren (ISCED-Level 3 bis 4: Abschluss aus dem Sekundarbereich II oder aus dem postsekundären, nicht tertiären Bereich) und einem hohen Bildungsgrad (ISCED-Level 5 bis 8: Abschluss aus dem Tertiärbereich) unterschieden und nur Personen ab 15 Jahren betrachtet.

G 6

Bevölkerung 2017 nach Migrationshintergrund und Qualifikationsniveau



zent und in der Gruppe der Bevölkerung mit Migrationshintergrund um 0,7 Prozentpunkte auf knapp 17 Prozent gestiegen. Das entspricht einem Zuwachs um gut 36 500 auf rund 614 800 bzw. um 20 300 auf knapp 121 000 Personen. Die Bildungsexpansion schreitet somit in beiden Teilgruppen der Gesellschaft weiter voran.

dagegen nur auf 1,4 Prozent. Im Zeitverlauf haben sich die Chancen der beiden Gruppen, Bildungsarmut zu entgehen, auseinanderentwickelt. Seit 2012 ist der Anteil der Bildungsarmen unter den Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern, die einen Migrationshintergrund aufweisen, um 1,9 Prozentpunkte gestiegen. Unter denjenigen, die keinen Migrationshintergrund hatten, fiel er dagegen leicht (-0,3 Prozentpunkte).

Personen mit Migrationshintergrund häufiger von Bildungsarmut betroffen

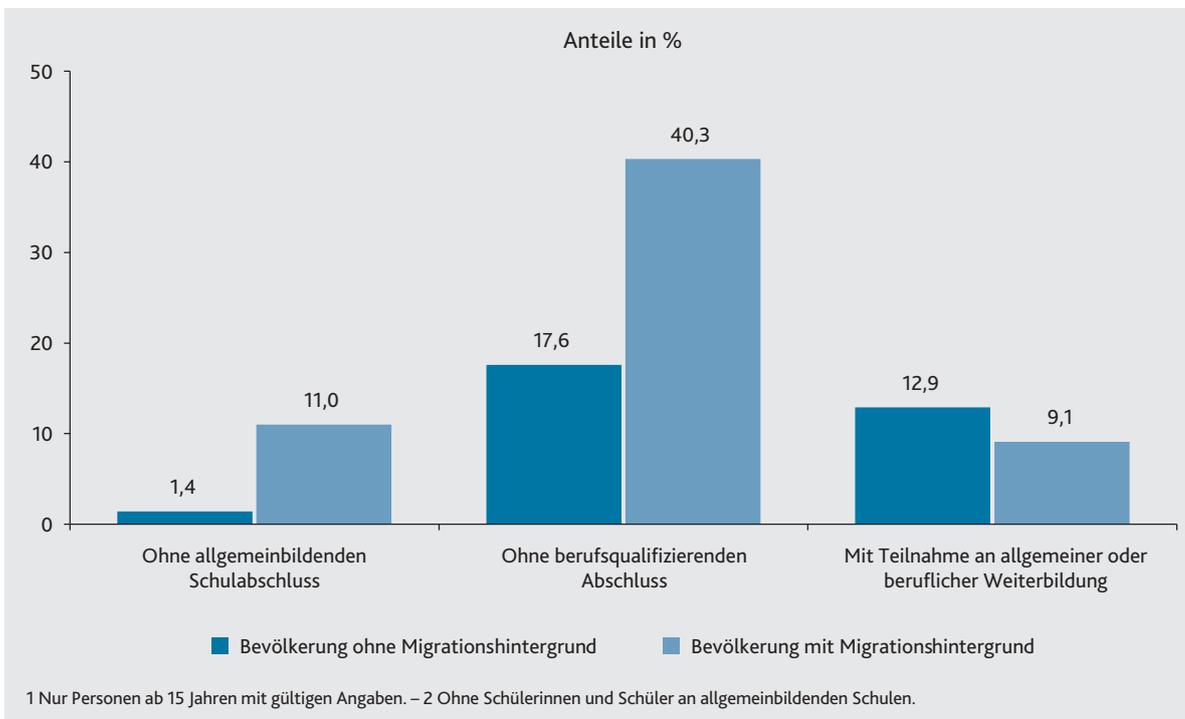
Gleichwohl ist vor allem unter den Menschen mit Migrationshintergrund Bildungsarmut – gemessen am (Nicht-)Vorhandensein eines allgemeinen Schul- bzw. berufsqualifizierenden Abschlusses – vergleichsweise weit verbreitet. Knapp elf Prozent der Personen mit Migrationshintergrund, die zum Zeitpunkt der Befragung 2017 keine Schule mehr besuchten, verfügten nicht über den formalen Minimalstandard eines allgemeinbildenden Schulabschlusses. In der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund belief sich der Anteil

Ähnlich stellt sich die Entwicklung hinsichtlich der berufsqualifizierenden Abschlüsse dar. Auch hier hat der Anteil der Personen ohne Abschluss in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zugenommen (+2,7 Prozentpunkte auf 40 Prozent), während anteilig immer weniger Menschen der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund ohne Berufsabschluss bleiben (-2,2 Prozentpunkte auf 18 Prozent).

Zwei von fünf Personen mit Migrationshintergrund verfügen nicht über einen berufsqualifizierenden Abschluss

G 7

Bevölkerung<sup>1</sup> 2017 nach Migrationshintergrund, allgemeinem Schulabschluss<sup>2</sup>, berufsqualifizierendem Abschluss und Teilnahme an allgemeiner oder beruflicher Weiterbildung



Bildungsbeteiligung der beiden Bevölkerungsgruppen im non-formalen Sektor nähert sich an

Im Bereich des non-formalen Bildungssektors unterscheidet sich die Bevölkerung mit Migrationshintergrund von der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund im Hinblick auf die Teilnahme an Kursen und die Inanspruchnahme von sonstigen Angeboten der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung hingegen weniger stark. So nahmen 13 Prozent der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund und rund 9,1 Prozent der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Jahr 2017 eine solche Maßnahme wahr. Das entsprach circa 355 800 bzw. 66 000 Personen. Gegenüber dem Jahr 2012 ist die Weiterbildungsneigung in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund leicht gestiegen (+1,2 Prozentpunkte). In der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund hat sie dagegen leicht abgenommen (-0,6 Prozentpunkte).

Vor allem jüngere Menschen laufen Gefahr, dauerhaft von gesellschaftlicher Teilhabe

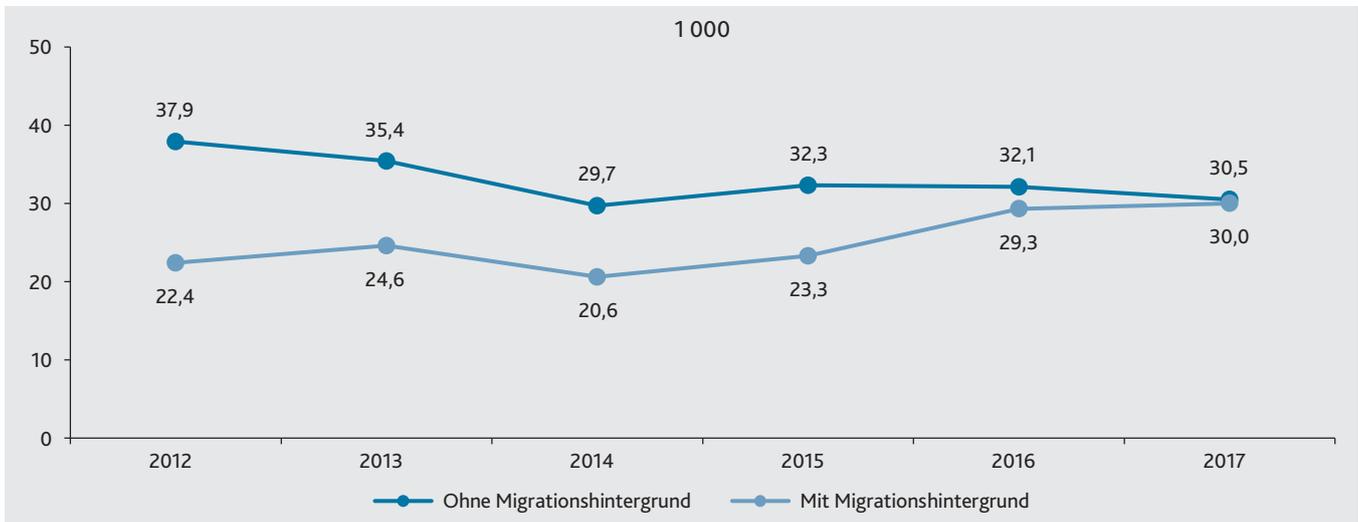
ausgeschlossen zu werden, wenn sie bis in die Phase der Postadoleszenz hinein keine hinreichende Bildung erfahren. Diese Gefahr steigert sich noch einmal, wenn sie zudem aus dem Erwerbsleben exkludiert sind. Befinden sie sich weder in formaler noch in non-formaler (Aus-)Bildung und gehen sie auch keiner Erwerbstätigkeit nach, wird von sogenannten NEETs<sup>4</sup> gesprochen. Im Jahr 2017 lag die NEET-Quote unter den 15- bis unter 30-Jährigen mit Migrationshintergrund bei 15 Prozent und damit etwa zweieinhalbmal so hoch wie unter den 15- bis unter 30-Jährigen ohne Migrationshintergrund (6,1 Prozent). Seit 2012 hat sich die Zahl der NEETs, die selbst oder von denen mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzen, um rund 7 600 Personen auf knapp

Mehr NEETs in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

4 Neither in employment nor in education or training.

G 8

NEETs im Alter von 15 bis unter 30 Jahren 2012–2017 nach Migrationshintergrund



30 000 erhöht. Ähnlich viele NEETs fanden sich 2017 in der Gruppe der Menschen ohne Migrationshintergrund (circa 30 500). Das waren allerdings knapp 7 500 weniger als noch fünf Jahre zuvor.

### Erwerbschancen von Migrantinnen und Migranten deutlich geringer

Menschen mit Migrationshintergrund sind seltener erwerbstätig und häufiger erwerbslos

Soziale Unterschiede zwischen der Bevölkerung mit und der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund treten – unter anderem infolge der ungleichen Bildungschancen – auch im Erwerbsleben auf. Dies belegt zum Beispiel die Erwerbstätigenquote<sup>5</sup>, die 2017 in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund deutlich niedriger ausgeprägt war als in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (62 gegenüber 68 Prozent). Umgekehrt liefen Menschen mit Migrationshintergrund sehr viel häufiger Gefahr, erwerbslos zu werden. Gemessen an der Erwerbslo-

senquote<sup>6</sup> fiel das Risiko für sie beinahe doppelt so hoch aus wie für Menschen, die über keinen Migrationshintergrund verfügten (5,3 gegenüber 2,8 Prozent). Allerdings konnten sowohl Personen mit als auch ohne Migrationshintergrund zuletzt von der Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage in Rheinland-Pfalz profitieren. Seit dem Jahr 2012 haben sich die Erwerbslosenquoten der beiden Gruppen fast kontinuierlich verringert. Damals lagen sie noch bei 6,5 respektive bei 3,5 Prozent.

Insgesamt hatten 2017 etwa 427 100 der knapp 2,04 Millionen rheinland-pfälzischen Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 75 Jahren einen Migrationshintergrund. Das entsprach gut jeder bzw. jedem Fünften bzw. einem Anteil von knapp 21 Prozent. Fünf Jahre zuvor lag der Anteil hingegen erst bei 18 Prozent. Seitdem hat sich die Zahl der Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund kräftig erhöht – und zwar um 85 700 bzw.

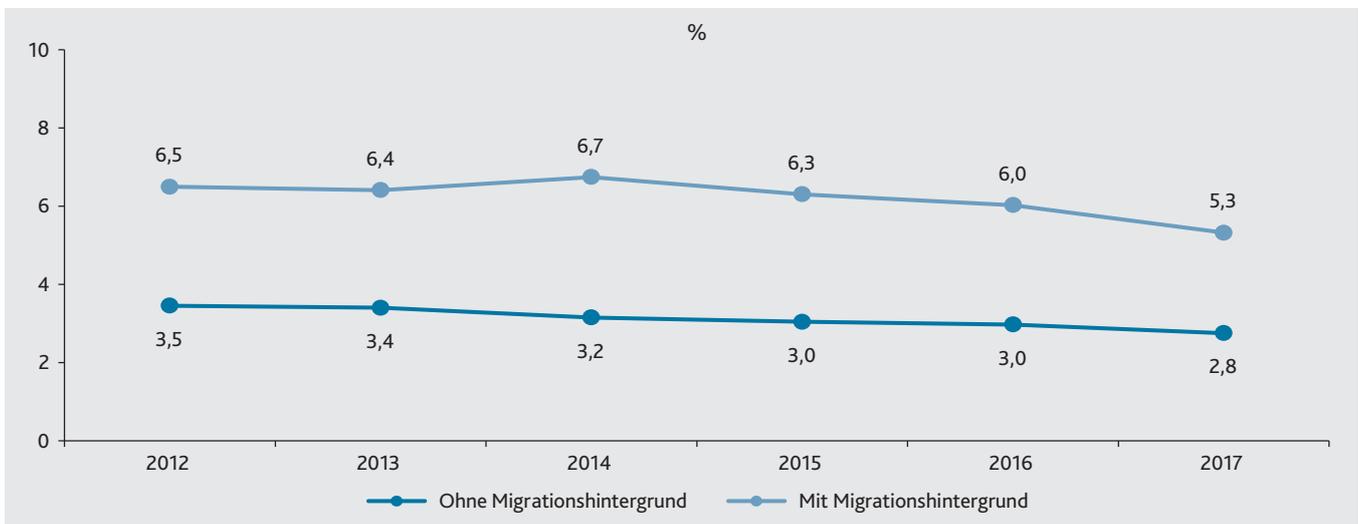
Zahl der Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund steigt kräftig an

5 Die Erwerbstätigenquote wird berechnet, indem die Zahl der Erwerbstätigen ins Verhältnis zur Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter gesetzt wird. Das erwerbsfähige Alter umfasst dabei – der Empfehlung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) folgend – alle Personen im Alter von 15 bis unter 75 Jahren.

6 Die Erwerbslosenquote ist – in Anlehnung an die Empfehlung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) – definiert als Anteil der Erwerbslosen an allen Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Erwerbslose) im Alter von 15 bis unter 75 Jahren.

G 9

Erwerbslosenquote 2012–2017 nach Migrationshintergrund



um 25 Prozent. Die Zahl der Erwerbstätigen ohne Migrationshintergrund wuchs dagegen sehr viel schwächer, nämlich nur um 6 900 Personen bzw. um 0,4 Prozent.

Migrantinnen und Migranten gehen häufiger atypischen Beschäftigungsformen nach

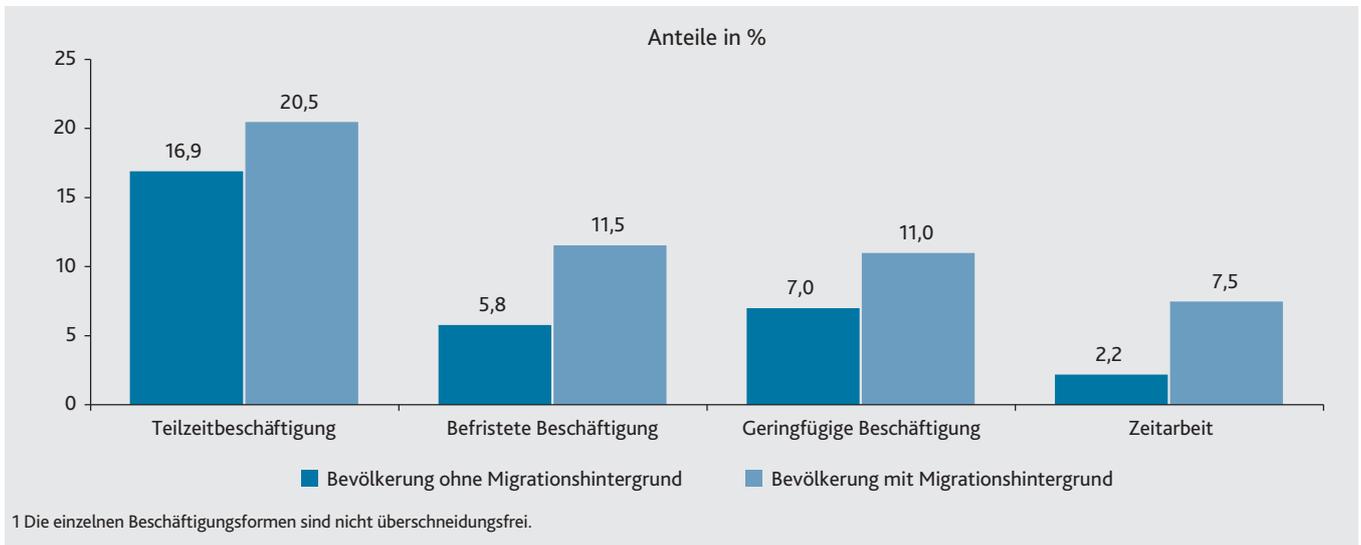
Wie gut Menschen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt integriert sind, zeigt sich allerdings nicht alleine daran, ob sie einer Beschäftigung nachgehen oder nicht. Auch die Art bzw. die Qualität des Beschäftigungsverhältnisses spielt eine wichtige Rolle. Vor diesem Hintergrund kann zunächst festgestellt werden, dass Migrantinnen und Migranten in jeder Form der atypischen Beschäftigung überrepräsentiert sind. So war im Jahr 2017 gut jede bzw. jeder fünfte Erwerbstätige mit Migrationshintergrund, aber nur etwas mehr als jede bzw. jeder sechste Erwerbstätige ohne Migrationshintergrund in Teilzeit tätig (20,5 gegenüber 17 Prozent). Auch befristete (11,5 gegenüber 5,8 Prozent) und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse (elf gegenüber sieben Prozent) waren in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sehr viel weiter verbreitet. Am deutlichsten traten die

Unterschiede jedoch in der Zeitarbeit hervor. Hier lag der Anteil unter den Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund mit 7,5 Prozent mehr als dreimal so hoch wie unter den Erwerbstätigen ohne Migrationshintergrund (2,2 Prozent). Besonders die Zeitarbeit ist es auch, die in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den vergangenen Jahren stark an Bedeutung gewonnen hat. Seit 2012 hat sich die Zahl der Migrantinnen und Migranten in Zeitarbeit mehr als verdoppelt (+14 300 Personen bzw. +122 Prozent). Aber auch in den anderen Formen der atypischen Beschäftigung können Zuwächse konstatiert werden. Bei den befristeten Arbeitsverträgen beläuft sich die Steigerung auf 7 600 Erwerbstätige (+24 Prozent), bei den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen auf 4 800 Erwerbstätige (+14 Prozent) und bei den Beschäftigten in Teilzeit auf 14 100 Erwerbstätige (+25 Prozent). Innerhalb der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund war die Zahl der atypisch Beschäftigten hingegen – mit Ausnahme der Zeitarbeitnehmerinnen und Zeitarbeitnehmer – in allen Teilformen rückläufig.

Zuwachs in der Zeitarbeit besonders hoch

G 10

Erwerbstätige im Alter von 15 bis unter 75 Jahren 2017 nach Migrationshintergrund und Art des Arbeitsvertrages<sup>1</sup>



Mehr als jede dritte abhängig beschäftigte Kernerwerbstätige mit Migrationshintergrund ist atypisch beschäftigt

Werden nur die Kernerwerbstätigen betrachtet, das heißt jene Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, die sich nicht mehr in (Aus-)Bildung befanden und keinen Wehr-, Zivil- oder Freiwilligendienst verrichteten, so lag der Anteil der atypisch Beschäftigten an allen abhängig Beschäftigten in der Gruppe der Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund 2017 bei 35 Prozent. Dieser Anteil hat sich seit 2012 leicht – um 2,6 Prozentpunkte – erhöht. Da sich in diesem Zeitraum jedoch auch die Gesamtzahl der Migrantinnen und Migranten stark erhöht hat, die einer Erwerbstätigkeit nachgingen, fällt der Zuwachs absolut gesehen deutlich stärker aus (+31 800 Personen bzw. +36 Prozent). Umgekehrt bedeutet dies, dass knapp zwei Drittel aller abhängig Beschäftigten, die einen Migrationshintergrund hatten, einem Normalarbeitsverhältnis nachgingen (65 Prozent). In der Gruppe der Kernerwerbstätigen ohne Migrationshintergrund lag der Anteil der abhängig Beschäftigten mit einem Normalarbeitsverhältnis dagegen sehr viel höher, nämlich bei 76 Prozent. Folglich war

ein knappes Viertel (24 Prozent) der abhängig Beschäftigten ohne Migrationshintergrund atypisch beschäftigt. Im Gegensatz zu den Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund ist der Anteil der atypisch Beschäftigten innerhalb der Gruppe der Erwerbstätigen ohne Migrationshintergrund seit 2012 leicht gesunken (–0,8 Prozentpunkte).

Einen weiteren Hinweis auf die insgesamt geringere Erwerbsintegration der Personen mit Migrationshintergrund geben die Zahlen zur Entwicklung der Selbstständigkeit. Unter allen Kernerwerbstätigen fanden sich im Jahr 2017 in Rheinland-Pfalz insgesamt 173 300 Personen, die selbstständig oder mithelfendes Familienmitglied waren. Davon besaßen 32 200 Personen einen Migrationshintergrund, 141 100 dagegen nicht. Der Anteil der Selbstständigen an allen Kernerwerbstätigen belief sich in der Gruppe der Personen ohne Migrationshintergrund damit auf 9,9 Prozent. In der Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund betrug er dagegen lediglich 8,5 Prozent. Ein Vergleich dieser Anteilswerte mit dem Jahr 2012 zeigt,

Personen mit Migrationshintergrund sind seltener selbstständig

dass die Zahl der Selbstständigen mit Migrationshintergrund anteilig stärker abgenommen hat als die Zahl der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen, die über keinen Migrationshintergrund verfügten (-2 gegenüber -1,1 Prozentpunkte).

Ursachen der geringeren Arbeitsmarktintegration sind vielfältig

Die Ursachen für die alles in allem deutlich geringere Arbeitsmarktintegration der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer mit Migrationshintergrund sind vielfältig und können an dieser Stelle kaum hinreichend dargestellt werden. Zu den wichtigsten Einflussfaktoren dürften die bereits weiter oben angesprochenen Unterschiede im Bildungs- und Qualifikationsniveau sowie die damit einhergehenden Sprachkenntnisse zählen. Zudem können unter anderem unterschiedliche geschlechtsspezifische Rollenmuster, die Breite und Tiefe sozialer Netzwerke, die bei der Arbeitsplatzsuche unterstützen, sowie Diskriminierungsmechanismen im Zuge von Bewerbungsverfahren Einfluss auf die grundlegenden Erwerbschancen der in sich durchaus heterogenen Bevölkerung mit Migrationshintergrund nehmen.

### Bevölkerung mit Migrationshintergrund immer häufiger von Armut bedroht

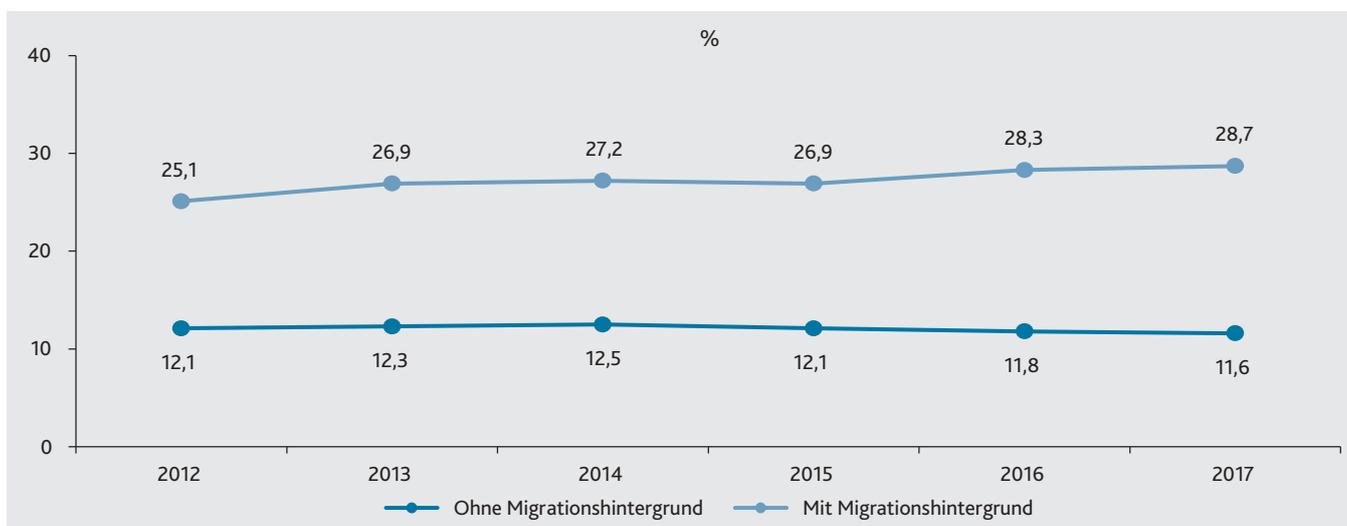
Die im Durchschnitt geringeren Bildungs- und Erwerbschancen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund schlagen sich auch in den Indikatoren zur Einkommens- und Wohlstandssituation nieder. Verdeutlichen lässt sich dies beispielsweise anhand der Armutsgefährdungsquote<sup>7</sup>. Sie lag im Jahr 2017 bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund bei 29 Prozent und damit fast zweieinhalbmal so hoch wie bei Menschen, die keinen Migrationshintergrund vorzuweisen hatten (zwölf Prozent). Im Vergleich zum Jahr 2012

Armutsgefährdung nimmt weiter zu

<sup>7</sup> Die Armutsgefährdungsquote ist ein Indikator zur Messung der relativen Einkommensarmut. Demnach gelten Menschen als armutsgefährdet, wenn ihr Äquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung (in Privathaushalten am Hauptwohnsitz) beträgt. Das Äquivalenzeinkommen ist ein auf Basis des Haushaltsnettoeinkommens berechnetes bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied. Grundlage der Bedarfsgewichtung ist die sogenannte neue OECD-Skala. Definition und Berechnungsweise der Armutsgefährdungsquote orientieren sich an der Armutsdefinition der Europäischen Union, die Menschen als arm einstuft, wenn sie über so geringe materielle, kulturelle und soziale Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist. Es handelt sich damit um eine relative Armutsdefinition, die sich an einem normativ festgelegten sozio-kulturellen Existenzminimum orientiert.

G 11

Armutsgefährdungsquote 2012–2017 nach Migrationshintergrund



ist die Armutsgefährdungsquote der Migrantinnen und Migranten um 3,6 Prozentpunkte gestiegen. Noch stärker fiel der Zuwachs in der Teilgruppe der Ausländerinnen und Ausländer aus. Für die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer ohne deutsche Staatsangehörigkeit erhöhte sich das Risiko, armutsgefährdet zu sein, sogar um 9,2 Prozentpunkte auf 39 Prozent. In der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund hat sich das Armutsgefährdungsrisiko dagegen leicht reduziert. Im Vergleich zu 2012 fällt es heute um 0,5 Prozentpunkte niedriger aus.

Höheres Armutsgefährdungsrisiko ist oftmals Folge vorgelagerter bildungs- und erwerbsbezogener Nachteile

Dass Menschen mit Migrationshintergrund häufiger von Armut bedroht sind, ist an sich kein neuer Befund und erklärt sich zu einem großen Teil aus den bildungs- und erwerbsbezogenen Nachteilen, die bereits weiter oben skizziert worden sind. Hinzu kommt, dass Menschen mit Migrationshintergrund häufiger über ein soziodemografisches Profil verfügen, das das Armutsgefährdungsrisiko erhöht. Hierzu zählen unter anderem die im Mittel jüngere Altersstruktur und die im Durchschnitt mitgliederstärkere Haushalts- und Familienzusammensetzung.

Mehrzahl der Migrantinnen und Migranten lebt von eigener Erwerbs- bzw. Berufstätigkeit

Auch ein Blick darauf, wie die Angehörigen der Bevölkerung mit bzw. ohne Migrationshintergrund ihren Lebensunterhalt überwiegend bestreiten, deutet auf die tendenziell schwächere sozioökonomische Lage der Migrantinnen und Migranten hin. So gaben 2017 zwar etwas mehr als zwei von fünf Personen, die über einen Migrationshintergrund verfügten, an, ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus einer eigenen Erwerbs- bzw. Berufstätigkeit zu erzielen (41 Prozent). Von denjenigen Personen, die keinen Migrationshintergrund vorzuweisen hatten, waren es anteilig jedoch noch etwas mehr (46,9 Prozent). Der Unterschied fällt sogar

noch deutlich größer aus, wenn berücksichtigt wird, dass 25 Prozent der Personen ohne Migrationshintergrund, aber nur 9,8 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund eine eigene Renten- oder Pensionszahlung als wichtigste Quelle des Lebensunterhalts nannten, für deren Auszahlung eine frühere Erwerbstätigkeit zumeist Voraussetzung war. Auf der anderen Seite waren 2017 rund 38 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund von den Einkünften einer oder eines Angehörigen abhängig. Demgegenüber stellte sich in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund nur ein Anteil von 23 Prozent ein.

Ursächlich für diese strukturellen Unterschiede sind auch in diesem Fall vor allem die ungleichen Alters- und Lebensformstrukturen. So wurde bereits in den vorangegangenen Abschnitten deutlich, dass die Bevölkerung mit Migrationshintergrund sehr viel weniger Ältere umfasst, die bereits das Rentenalter erreicht und damit überhaupt erst Anspruch auf die Zahlung einer Altersrente bzw. einer Pension haben. Zudem schlägt sich in den Anteilswerten die höhere Zahl an Kindern nieder, die aus naheliegenden Gründen noch überwiegend von den Einkünften ihrer Eltern abhängig sind.

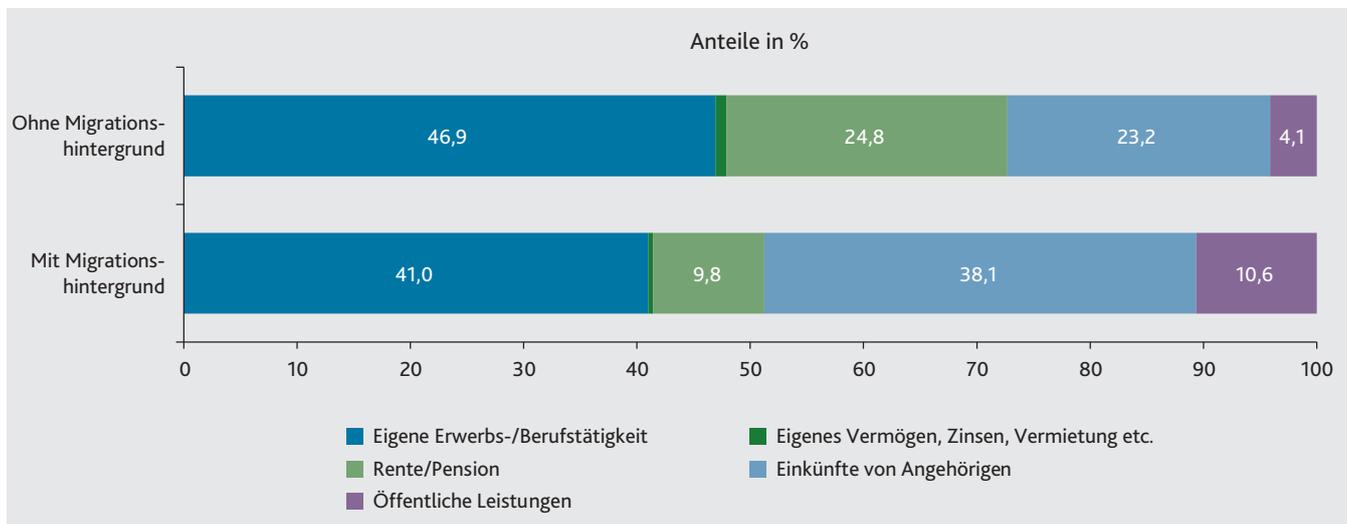
Die insgesamt ungünstigere sozioökonomische Lage der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zeigt sich jedoch vor allem darin, dass sie im Mittel häufiger auf soziale Transfers und sonstige Formen öffentlicher Leistungen (ohne Renten und Pensionen) angewiesen sind. Das gilt unter anderem für den Bezug von Arbeitslosengeld I (1,1 gegenüber 0,7 Prozent), den Erhalt von Leistungen nach Hartz IV, worunter insbesondere das Arbeitslosengeld II und der Bezug von Sozialgeld fallen (3,6 gegenüber 1,6 Prozent),

Unterschiede erklären sich unter anderem durch Alters- und Lebensformstrukturen

Personen mit Migrationshintergrund häufig von öffentlichen Leistungen abhängig

G 12

Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts 2017 nach Migrationshintergrund



sowie die Gewährleistung von Formen der Sozialhilfe wie die Hilfe zum Lebensunterhalt oder die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (1,7 gegenüber 0,4 Prozent). Auch sonstige Unterstützungsleistungen<sup>8</sup> sind in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund als überwiegende Quelle des Lebensunterhalts weiter verbreitet (4,2 gegenüber 1,4 Prozent).

bezieherinnen und Leistungsbezieher damit mehr als verdreifacht. Nahezu verdoppelt hat sich die Zahl der Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger mit Migrationshintergrund (ohne Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach Hartz IV). Innerhalb der vergangenen fünf Jahre ist ihre Anzahl um etwa 7 300 auf knapp 15 300 Personen angewachsen (+87 Prozent). Nicht ganz so stark, aber doch erkennbar, fiel der Anstieg im Fall des Arbeitslosengeldes I und der Leistungen nach Hartz IV aus (+16 bzw. +21 Prozent). Auch hier stieg die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger um insgesamt 7 300 auf zusammen 44 200 Personen an. Innerhalb der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund war der Bedarf an öffentlicher Unterstützung zur Finanzierung des Lebensunterhalts – mit Ausnahme der sonstigen Unterstützungsleistungen – anteilig dagegen weniger weit verbreitet und im Zeitverlauf rückläufig. Insgesamt waren im Jahr 2017 rund 127 200 Personen ohne Migrationshintergrund auf eine der genannten Transfer- bzw. Unterstützungsleistungen angewiesen.

Personen ohne Migrationshintergrund dagegen seltener von sozialen Transfers abhängig

Zahl der auf soziale Transfers angewiesenen Personen mit Migrationshintergrund nimmt zu

Im Vergleich zum Jahr 2012 hat sich die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund, die auf eine der genannten Formen öffentlicher Leistungen zur Finanzierung ihres Lebensunterhalts angewiesen waren, deutlich erhöht. Das gilt zu allererst für die sonstigen Unterstützungsleistungen, die beispielsweise auch die Gewährung von Asylbewerberleistungen umfassen. Hier beträgt das Plus rund 27 200 Menschen, was für das Jahr 2017 eine Gesamtzahl von knapp 39 800 Personen bedeutet. Gegenüber dem Jahr 2012 hat sich die Zahl der Leistungs-

<sup>8</sup> Darunter fallen zum Beispiel der Bezug von BAföG, die Gewährung von Asylbewerberleistungen, oder Leistungen der Pflegeversicherung sowie der Bezug von Elterngeld.

### Fazit

Im Jahr 2017 lebten in Rheinland-Pfalz rund 935 600 Menschen, die entweder selbst oder von denen wenigstens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besaßen. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund lag damit bei fast einem Viertel der Gesamtbevölkerung. Vor allem der starke Zuzug Schutzsuchender in den Jahren 2014, 2015 und 2016 – aber auch die höhere Geburtenrate ausländischer Frauen – haben dazu beigetragen, dass sich die Zahl und der Anteil der Menschen, die über einen Migrationshintergrund verfügten, seit 2012 weiter erhöht haben. Rheinland-Pfalz ist damit aufgrund der Datenlage als Einwanderungsland anzusehen.

Die Ergebnisse des Mikrozensus belegen, dass sich nicht nur die soziodemografischen Strukturen der Bevölkerungen mit und ohne Migrationshintergrund unterscheiden, sondern auch ihre präferierten Lebensformen. So ist die Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Durchschnitt sehr viel jünger und zudem von einem etwas höheren Männeranteil geprägt. Außerdem leben die Migrantinnen und Migranten häufiger in Familien und im Mittel in etwas größeren Haushalten.

Mit Blick auf die jeweiligen Bildungs-, Erwerbs- und Einkommenschancen stellen sich für die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer mit Migrationshintergrund häufiger Nachteile ein als für dieje-

nigen, die über keinen Migrationshintergrund verfügen. Zudem hat sich die soziale Ungleichheit zwischen den beiden Gruppen in den vergangenen fünf Jahren tendenziell leicht verschärft. Allerdings ist die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in sich vergleichsweise heterogen, sodass eine grundlegende Beurteilung ihrer allgemeinen Lebenschancen nur unter Zuhilfenahme einer detaillierteren Analyse vorgenommen werden sollte.

Der Mikrozensus bietet diese Möglichkeiten aufgrund seines umfangreichen Erhebungsprogramms, das seit dem Berichtsjahr 2017 infolge des neuesten Mikrozensusgesetzes noch einmal erweitert wurde (beispielsweise um das Hauptmotiv für den Zuzug nach Deutschland oder die vorwiegend im Haushalt gesprochene Sprache). Bereits seit 2005 werden in der Haushaltserhebung zahlreiche Informationen rund um die Lebenssituation der Menschen mit und ohne Migrationshintergrund erhoben. Diese Daten können auch dazu genutzt werden, um den Stand und das Voranschreiten der sozialen und ökonomischen Integration der Migrantinnen und Migranten abzubilden, sowie ferner als sozial- und gesellschaftspolitische Handlungs- und Entscheidungsgrundlage dienen.

Sebastian Fückel, M.A., leitet das Referat „Analysen Staat, Soziales“.